

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 28. Juni 1989

Blatt 1393

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Ungarischer Außenminister besichtigt Weltausstellungsgelände (1395/FS: 27.6.)

Kommunal/Lokal:

Tempobeschränkung in der Lorystraße (1394/FS: 27.6.)

Neue Telefonnummer der Info-Stelle Stephansplatz (1396)

Wien ist das medizinische Zentrum Österreichs (1397-1399)

„Petersberg“-Müll: Nur direkter Umschlag (1400)

Sonnenkraftwerk auf Schuldach (1401)

Stacher zur „Versäumnisliste im Wiener Spitalsbereich“ der Wiener ÖVP (1403)

Wiener Gemeinderat (1406 ff.)

Wiener Landtag

Freitag Pressekonferenz über Neugestaltung des Meiselmarktes (nur FS)

Drei Verletzte bei Verkehrsunfall (nur FS)

Kultur:

Opernfilmwochen in der Staatsoper (1402)

Preise der Stadt Wien für Wissenschaft und Volksbildung überreicht (1404)

Pasterk stellt Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien 1988 vor (1404/1405)

Tempobeschränkung in der Lorystraße

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Im 11. Bezirk wird in der Lorystraße im Bereich zwischen der Geiselbergstraße und der Fickeystraße ab Mittwoch, dem 28. Juni nach der morgendlichen Verkehrsspitze eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 Stundenkilometer in Kraft gesetzt. (Schluß) pz/rr

Bereits am 27. Juni 1989
Über Fernschreiber ausgesendet

Ungarischer Außenminister besichtigte Weltausstellungsgelände

Wien, 27.6. (RK-POLITIK) Der zu einem offiziellen Besuch in Österreich weilende ungarische Außenminister Dr. Gyula HORN besichtigte heute, Dienstag, nachmittag in Begleitung von Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA das Weltausstellungsgelände beim Konferenzzentrum. Anschließend wurde Horn im Rathaus von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK zu einem Gespräch empfangen. Sowohl Horn als auch Zilk hoben die große Bedeutung der engen Verbindung zwischen Wien und Budapest für die positive Entwicklung der gesamtstaatlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn hervor. (Schluß) red/rr



Foto: PID/Hutterer

Bereits am 27. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue Telefonnummer der Info-Stelle Stephansplatz

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Ab 30. Juni 1989 wird die Telefonnummer der Informationsstelle der Wiener Verkehrsbetriebe in der U-Bahn-Station Stephansplatz von 52 42 27 auf 512 42 27 geändert.

Auf Grund der Umschaltarbeiten kann es zu Unterbrechungen des Telefonanschlusses kommen. Die Fahrgäste können in diesem Fall telefonische Anfragen an die Informationsstelle Karlsplatz, Telefon 587 31 86, richten. (Schluß) roh/bs

Wien ist das medizinische Zentrum Österreichs

Stacher präsentierte Buch über Wiener Spitäler

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Wien ist das medizinische Zentrum Österreichs — in der Krankenversorgung, in der medizinischen Lehre und Ausbildung sowie in der medizinisch-wissenschaftlichen Forschung. Das dokumentiert die zweite, neu bearbeitete Auflage des Buches „Wiener Spitäler im Wandel der Zeit“, das soeben im Europa-Verlag erschienen ist und Dienstag abend von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER der Presse vorgestellt wurde.

In seinem Vorwort verweist Stacher auf die Entwicklungen und Änderungen, die die Krankenhäuser in den vergangenen drei bis vier Jahrzehnten erfahren haben. „Dies ist vor allem auf die explosionsartige Entwicklung des Wissens in der Medizin und die ungeheure Ausweitung der diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten, sowohl in operativen wie auch konservativen Fächern, zurückzuführen.“

Die Leistungen der Wiener Spitäler

Die Änderungen in den Wiener städtischen Spitälern sind besonders deutlich aus einem Vergleich über mehrere Jahre — von 1963 bis 1987 — ersichtlich. In diesem Zeitraum ging die Zahl der Pfl egetage im Allgemeinen Krankenhaus um 16,3 Prozent, in den übrigen städtischen Krankenhäusern um 15,7 Prozent und in den psychiatrischen Krankenanstalten um 63,6 Prozent zurück (vor allem ein Erfolg der Psychiatriereform). Hand in Hand mit der Abnahme der Pfl egetage gab es eine entsprechende Verminderung der Bettenanzahl. Im Gegensatz dazu nahmen die Aufnahmen von stationären Patienten im AKH um 75,3 Prozent, in den übrigen städtischen Spitälern um 47,1 Prozent und in den psychiatrischen Anstalten um 17,6 Prozent zu. Daraus ist die enorme Leistungssteigerung zu ersehen, die sich pro Patient und Pfl egetag ergibt.

Wie aus der Statistik des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds ersichtlich ist, wurden 1986 rund 35 Prozent der in Österreich erfaßten medizinischen Spitzenleistungen in Wiener Spitälern erbracht. Zum Beispiel:

- 41 Prozent der Operationen an Hirngefäßen,
- 27 Prozent der großen Gefäßoperationen mit Ersatz der Hauptschlagader,
- 37 Prozent der Herzklappenoperationen,
- 33 Prozent der Herzgefäßoperationen,
- 41 Prozent der Nieren-, Knochenmarks-, Herz-, Leber- und Pankreas-Transplantationen,
- 52,1 Prozent der kostenintensiven Krebs-Chemotherapien und
- 39,3 Prozent der mit Separator hergestellten Blutzellfraktionen.

Pro 100 Spitalsbetten waren in Wien 1986 24,06 Ärzte beschäftigt (im österreichischen Durchschnitt 16,09), 54,35 diplomierte Krankenschwestern und -pfl eger (im österreichischen Durchschnitt 40,14).

In Wien studieren 57 Prozent aller Medizinstudenten Österreichs, hier befinden sich 26 Prozent der Ausbildungsplätze in Krankenpflegeschulen und 37 Prozent der Ausbildungsplätze für medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten. An den Universitätskliniken des Allgemeinen Krankenhauses wird auf breitester Basis wissenschaftliche Forschung betrieben. Daneben gibt es in den Wiener Spitälern noch 35 Ludwig-Boltzmann-Institute, die ebenfalls in der medizinischen Forschung tätig sind. Der „Medizinisch-wissenschaftliche Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“ stellt jährlich 10 Millionen Schilling für medizinisch-wissenschaftliche Projekte zur Verfügung.

Entwicklung der Medizin

Die Entwicklung der Medizin hat auf die Strukturen des Krankenhauses unterschiedliche Auswirkungen. So ändert sich zum Beispiel der Bettenbedarf in den verschiedenen medizinischen Fächern. Der Bedarf an internistischen Betten ist derart angestiegen, daß er heute noch nicht voll zu decken ist. Ein Engpaß besteht auch bei neurochirurgischen Betten, obwohl ihre Zahl seit 1974 verdoppelt wurde. In ganz Österreich gibt es allerdings nur in Wien neurochirurgische Betten, in denen daher auch mehr als 43 Prozent Patienten liegen, die nicht in Wien beheimatet sind. Eine starke Bedarfssteigerung gibt es auch in der Orthopädie, wo sich die Belagstage seit 1973 verdoppelt haben. Am augenfälligsten ist aber die Entwicklung in der Intensivmedizin: 1971 wurden 10.452 Pflagestage auf Intensivabteilungen registriert, 1987 waren es bereits 86.394, was einer Steigerung um 727 Prozent entspricht. Um diesen großen Bedarf zu decken, mußten in allen Spitälern Intensivstationen geschaffen werden. In Spitzenzeiten besteht in Wien ein Mangel an internistischen, neurochirurgischen und neurologischen Betten. Andererseits gibt es noch ein gewisses Überangebot in der Augenheilkunde, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, in der Gynäkologie und vor allem in der Kinderheilkunde. Diese Strukturänderungen werden natürlich beim Neubau des AKH und beim neuen Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost, aber auch durch Umbauten in den anderen städtischen Krankenanstalten berücksichtigt.

Die Medizintechnik macht's möglich

Die medizinisch-technische Ausstattung hat sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren geradezu revolutionär entwickelt. Auf dem Gebiet der Diagnostik wären zum Beispiel zu nennen:

- die Weiterentwicklung der Elektrokardiographie und der Endoskopie, verbunden mit der Möglichkeit der Gewebeentnahme zur histologischen Diagnostik,
- der Autoanalyzer in der Labormedizin, der in kurzer Zeit zahlreiche Einzelbefunde von zahlreichen Patienten auswirft,
- zusätzlich zum „klassischen“ Röntgenverfahren die neuen bildgebenden Verfahren, wie die Ultraschalldiagnostik, die Röntgen-Computer-Tomographie, die Magnetische Resonanz und das Magnetoenzephalographiegerät.

Genauso rasant hat sich die Technik in der Therapie entwickelt, zum Beispiel:

- in der Intensivmedizin, wo Leistungen erbracht werden, die vor 40 Jahren noch undenkbar waren,
- bei den Implantaten, wie Herzschrittmachern, Herzklappen, großen Gefäßen, Gelenkersatz oder komplizierten Geräten im Ohr,
- bei der Nieren- und Gallensteinzertrümmerung durch Stoßwellen,
- in der Anwendung der Lasertechnologie,
- in der Strahlentherapie mit ionisierenden Strahlen usw.

Eine Folge dieser Entwicklung ist die Einrichtung von technischen Servicezentren in den Krankenhäusern der Stadt Wien und die Bestellung von Technischen Direktoren innerhalb der kollegialen Führung der Akutspitäler mit mehr als 800 Betten.

Wandel der Krankenhausstrukturen

Bemerkenswert sind die Änderungen, die sich in der Struktur der Krankenanstalt Rudolfstiftung im Laufe eines Jahrhunderts bei einem fast gleichen Bettenstand (1884: 860 Betten, 1984: 870 Betten) ergeben haben. Damals gab es acht Abteilungen, heute sind es 13 (dazu kommen allerdings heute noch fünf Institute und vier Konsiliarfächer). Die Bettenauslastung war ziemlich gleich, damals betrug sie 90 Prozent, heute 96 Prozent. 1884 wurden 274.000 Pflagestage, 1984 322.000 Pflagestage registriert.

Forts. von Blatt 1397

Forts. auf Blatt 1399

Aber jetzt die großen Unterschiede: Die Zahl der stationären Patienten stieg von 8.042 auf 36.158 — das war natürlich nur möglich, weil die durchschnittliche Verweildauer von 32 Tagen auf 9,3 Tage zurückging. Die Zahl der operativen Eingriffe nahm um das Hundertfache zu: von 222 auf 22.556. In einer fast gleichen Größenordnung stieg die Zahl der ambulanten Patienten von 2.000 auf 207.000.

Das durchschnittliche Alter der aufgenommenen Patienten betrug im Jahr 1884 35 Jahre, hundert Jahre später 55 Jahre. 1884 starben im Krankenhaus 894 Patienten, 1984 waren es 1.304. Das durchschnittliche Alter der Verstorbenen lag allerdings im Jahr 1884 bei etwas über 37 Jahren, im Jahr 1984 bei fast 77 Jahren.

Insgesamt ist auch die Entwicklung bei den Krankheiten der aufgenommenen Patienten. 1884 standen an erster Stelle Geschlechtskrankheiten, an zweiter Stelle Tuberkulose, an dritter die Hautkrankheit Skabies und an vierter Bronchitis sowie Rheuma. Alle anderen Krankheiten spielten in der Krankenanstalt eine untergeordnete Rolle. Heute stehen Herz- und Gefäßkrankheiten sowie Krebs an erster Stelle, während Geschlechts- und Hautkrankheiten nur mehr von untergeordneter Bedeutung sind.

1884 hatte die Rudolfstiftung 143 Mitarbeiter, 1984 waren es 1.348, darunter 231 Ärzte (hundert Jahre vorher waren es nur 30) und 531 Schwestern und Pfleger (1884 waren es nur 80). Die Kosten stiegen in diesen 100 Jahren von 22,5 auf 800 Millionen Schilling.

Weitere Beiträge im neu aufgelegten Buch „Wiener Spitäler im Wandel der Zeit“ beschäftigen sich mit der Geschichte der Wiener Krankenhäuser, mit den Pflege- und Pensionistenheimen, mit der Entwicklung des Krankenanstaltenrechtes, mit der Architektur und der baulichen Situation der Krankenanstalten, mit der Humanität im Krankenhaus, mit der Wiener Psychiatriereform und mit Fragen der Kosten, der Finanzierung und der wirtschaftlichen Bedeutung der Krankenanstalten. Das Buch ist in den nächsten Tagen im Buchhandel erhältlich; es kostet 398 Schilling. (Schluß) sc/gg/bs

Forts. von Blatt 1398

„Petersberg“-Müll: Nur direkter Umschlag

Transport zu EBS in dichten Mulden

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Voraussichtlich am kommenden Sonntag wird mit einem Donauschiff des Bayrischen Lloyd der Sonderabfall von der „Petersberg“ in Wien eintreffen. Der Wiener Hafen und die Entsorgungsbetriebe Simmering haben alle Vorkehrungen getroffen, daß der Sonderabfall ohne Belastung der Umwelt entladen und zur Entsorgung zu den EBS gebracht werden kann.

Im Wiener Hafen wird die Umladung direkt — also ohne Zwischenlagerung — vom Schiff auf die Transportfahrzeuge vorgenommen. Um eine optimale Sicherung der Ladung beim Transport vom Hafen Freudenau zu den Entsorgungsbetrieben Simmering zu gewährleisten, wird der Transport in dichten Mulden durchgeführt und die Entladung und der Transport von den EBS überwacht.

In den EBS wird das von der „Petersberg“ stammende Material noch einmal genau kontrolliert, um bei der Verbrennung in den Drehrohröfen die Einhaltung der strengen österreichischen Bestimmungen garantieren zu können.

Die Verarbeitung des aus Österreich stammenden Sonderabfalls, der mit der „Petersberg“ eine dreizehnmonatige Odyssee hinter sich hat, erfolgt bei den Entsorgungsbetrieben Simmering im Auftrag und auf Rechnung der Republik Österreich. (Schluß) wh/bs

Sonnenkraftwerk auf Schuldach

E-Werke bauen Versuchsanlage

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke und die Firma Siemens AG Österreich errichten derzeit unter Mithilfe der HTL Wien 10., Ettenreichgasse 54, auf dem Dach der Schule ein Sonnenkraftwerk. Die Anlage weist eine Maximalleistung von zirka zehn Kilowatt auf, wobei der von den Solarmodulen gelieferte Gleichstrom über einen Wechselrichter ins öffentliche 380/220 Volt-Niederspannungsnetz eingespeist wird.

Die für Wiener Verhältnisse günstigen Klimadaten am Standort der HTL Wien 10 am Wienerberg lassen aus den 84 Quadratmeter großen Solarpaneelflächen eine jährliche Stromlieferung von nahezu 10.000 Kilowattstunden erwarten, eine Energiemenge, die etwa dem zweieinhalbfachen des durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauches im Versorgungsgebiet der Wiener E-Werke entspricht. Zum Einsatz kommen 196 monokristalline Siemens-Module der Baureihe SM 55 mit einer jeweiligen Maximalleistung von 53 Watt.

Das Kraftwerk wird — ohne die Tragkonstruktion — rund zwei Millionen Schilling kosten. Pro installiertem Kilowatt ist somit eine Investition von 200.000 Schilling erforderlich, ein Wert, der heute noch über den zehnfachen spezifischen Investitionskosten von thermischen Kraftwerken mit den besten Umweltschutzeinrichtungen liegt.

Die Kosten für eine erzeugte Kilowattstunde belaufen sich auf etwa zehn Schilling — eine Größenordnung, die derzeit noch nicht im Bereich wirtschaftlicher Nutzung ist.

Was veranlaßt also ein Elektroversorgungsunternehmen, ein solches Projekt zu unterstützen, das noch dazu mit seiner Aufbringungsstruktur (größte Erzeugung im Sommer) nicht den Verbrauchsgewohnheiten (größter Verbrauch im Winter) entspricht?

Die Technik der Photovoltaik, also die direkte Umwandlung der Energie des Lichtes in elektrische Energie, hat in den vergangenen Jahren vor allem durch ihren Einsatz in der Satellitentechnik einen enormen Aufschwung genommen. Steigende Wirkungsgrade und fallende Solarmodulkosten haben dazu geführt, daß es bereits terrestrische Anwendungen gibt, die wirtschaftlich interessant sind. In erster Linie ist hier die Versorgung entlegener Verbraucher mit relativ kleinem Leistungsbedarf zu nennen, wie Funkstationen, Schutzhütten oder Almbetriebe. Auch bei Anlagen im Netzverbund, bei denen eine Leistungssteigerung einen hohen Aufwand bei Leitungsverstärkungen bedingen würde, kann die Photovoltaik wirtschaftlich sein. Es handelt sich in diesen Fällen um „additive“ Energie, die ebenso wie zum Beispiel die Energiegewinnung aus Biomasse sinnvoll eingesetzt werden kann.

Zu den erklärten Zielen einer zukunftsorientierten Energiepolitik der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke gehört es, das Energiesparen zu fördern, die Ressourcen zu schonen und die Umweltbelastung zu reduzieren.

In diesem Sinne werden Aktivitäten, die einen sinnvollen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele versprechen, gefördert.

Die Versuchsanlage auf dem Standort der HTL Wien 10 soll auch dazu beitragen, daß Lehre und Forschung auf diesem Gebiet in die Technikerausbildung Einzug hält und daß realistische Beurteilungskriterien für die Einsatzbereiche dieser Technik geschaffen werden. Weiters sollen die Auswirkungen dieser Anlagen im Netzverbund, besonders die technischen Fragen der Spannungsqualität, des Netzschutzes, der Beeinflussung oder Störung anderer Verbraucher untersucht werden. Die Kunden der Wiener Elektrizitätswerke sollen in ihrem Versorgungsunternehmen einen kompetenten Partner in allen Fragen der Energieanwendung für Beratung und Hilfestellung vorfinden. (Schluß) roh/rr

Opernfilmwochen in der Staatsoper

Kooperation von Bundestheatern, ORF und Viennale

Wien, 28.6. (RK-KULTUR) In der Wiener Staatsoper finden vom 6. bis 30. Juli Opernfilmwochen unter dem Titel „Oper im Kino — Kino in der Oper“ statt. Die Opernfilmwochen werden in Kooperation zwischen Bundestheaterverband, dem ORF und der Viennale, die wesentlich an der Programmierung beteiligt ist, ausgerichtet.

Stars wie Placido DOMINGO, Jose CARRERAS, Luciano PAVAROTTI, Mirelle FRENI und Montserrat CABALLE treten in den Filmen auf. Es dirigieren u.a. Herbert von KARAJAN, Karl BÖHM, Claudio ABBADO, Lorin MAAZEL und Sir Georg SOLTI. Regie führen anerkannte Leute wie Ingmar BERGMAN, Francesco ROSI, Götz FRIEDRICH und Luigi COMENCINI.

Die Wiener Staatsoper zeigt die insgesamt 25 Filme auf einer 110 Quadratmeter großen Leinwand und in allerbesten Tonqualität.

Eröffnet wird am 6. Juli mit der in Österreich noch nie gezeigten Verfilmung von Puccinis Oper „La Boheme“, bei der der italienische Neorealismus Luigi COMENCINI Regie führte. Die Rolle des Rudolfs singt Jose Carreras. Es war die letzte Partie vor seiner schweren Erkrankung. Deshalb mußte als Darsteller im Film der junge italienische Tenor Luca Canonici einspringen.

Das Opernfilmfestival ist in fünf thematisch geordnete Blöcke unterteilt: Staatsoper live, Shakespeare als Librettist, Nibelungen, Mozart und Opernkrimis.

Die Karten kosten einheitlich 100 Schilling und sind ab 3. Juli in der Wiener Staatsoper erhältlich. Öffnungszeiten der Tageskasse: Montag bis Freitag 9 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr, Samstag und Sonntag 9 bis 12 Uhr. Die Abendkasse öffnet eine Stunde vor Vorstellungsbeginn. (Schluß) gab/bs

Stacher zur „Versäumnisliste im Wiener Spitalsbereich“ der Wiener ÖVP

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Zur von der ÖVP Mittwoch vorgelegten „Versäumnisliste im Wiener Spitalsbereich“ stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in einer ersten Reaktion fest, daß es sich hier nur um eine polemische Begründung für den Mißtrauensantrag im Gemeinderat handle. Konkret bemerkte er zu den einzelnen Punkten:

- Bei der Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses sei während seiner Amtszeit jedenfalls ein enormer Baufortschritt zu verzeichnen. Die Besiedelung des Hauses habe vor kurzem begonnen.
- Obwohl die Patientenversuche in der Kinderklinik des AKH nicht in seine Kompetenz gefallen seien, habe er die Fakultät damit befaßt; es sei auch zu einer gerichtlichen Untersuchung gekommen.
- Beim Bekanntwerden von Mißständen im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe seien auf seine Initiative sofort energische Maßnahmen ergriffen worden, nämlich fristlose Entlassungen und Einschaltung der Staatsanwaltschaft.
- Die beiden angeführten Todesfälle im AKH und in der Psychiatrie Baumgarten seien bedauerliche Einzelfälle, die selbstverständlich ebenfalls zur Anzeige gebracht wurden.

Diesen sogenannten Versäumnissen stellte der Gesundheitsstadtrat einige Ergebnisse seiner Arbeit seit 1973 gegenüber:

- Von 1973 bis 1988 ist die Säuglingssterblichkeit von 25 Promille auf 9,4 Promille gesunken.
- Von 1973 bis 1988 stieg die Lebenserwartung in Wien bei den Frauen von 73,7 Jahren auf 78,1 Jahren, bei den Männern von 66,7 Jahren auf 71,5 Jahre, also nahezu um 5 Jahre.
- Planungs- und Bauarbeiten für das Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost sind zügig verlaufen. Das Projekt ist voll im Termin- und Kostenplan.
- Die Psychiatriereform fand international große Anerkennung.
- Der massive Ausbau der Pensionistenheime hat die Situation alter Menschen in Wien wesentlich verbessert.
- Von 1974 bis 1988 wurden in den Wiener städtischen Akutspitälern 3.652.835 Personen stationär behandelt. 95 Prozent davon konnten geheilt oder gebessert entlassen werden.

(Schluß) sc/bs

Preise der Stadt Wien für Wissenschaft und Volksbildung überreicht

Wien, 28.6. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichten am Mittwoch im Wiener Rathaus die Preise der Stadt Wien für Wissenschaft und Volksbildung 1988. Die Preisträger sind Univ.-Prof. Dr. Helmuth DENCK (Medizinische Wissenschaften), Univ.-Prof. Dr. Walter KRAUS (Geistes- und Sozialwissenschaften), Univ.-Prof. Dr. Karl SCHLÖGL (Natur- und Technische Wissenschaften) und Sektionschef Dr. Hans ALTENHUBER (Volksbildung).

Univ.-Prof. Dr. Helmuth Denck ist Vorstand eines Ludwig-Boltzmann-Institutes für Onkologie im Krankenhaus Lainz und für Hirnkreislaufforschung am Neurologischen Zentrum Rosenhügel. Sein Spezialgebiet liegt auf dem Gebiet der Allgemeinen Chirurgie, der Thorax- und Gefäßchirurgie.

Univ.-Prof. Dr. Walter Kraus ist der Nestor der althilologischen Forschung in Österreich. Er lehrte an der Universität Wien, deren Rektor er 1968/69 war.

Univ.-Prof. Dr. Karl Schögl ist Vorstand des Instituts für Organische Chemie an der Universität Wien. Sein Spezialgebiet ist die Chemie und Stereochemie von Metallocenen.

Sektionschef Dr. Hans Altenhuber leitet die Sektion V mit den Bereichen Erwachsenenbildung und Sport im BMUK. Er hat neben der Erwachsenenbildung auch in anderen volksbildnerischen Bereichen große Verdienste zu verzeichnen.

An der Feier nahm auch 3. Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN teil. (Schluß) gab/gg

Pasterk stellt Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien 1988 vor

Pläne und Perspektiven

Wien, 28.6. (RK-KULTUR) In einem Pressegespräch stellte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK am Mittwoch den Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien 1988 vor. Pasterk betonte, daß die Stadt Wien damit erstmals einen derartigen Bericht vorlegt. Der Kulturbericht soll der Transparenz bezüglich der Ausgaben der Stadt Wien auf diesem Gebiet dienen, aber auch kulturpolitische Perspektiven für die weitere Arbeit darstellen. Abzüglich der „sonstigen Ausgaben“, vor allem der für die Fremdenverkehrsförderung verwendeten Mittel, beträgt die für den Kulturbereich aufgewendete Summe 957,3 Millionen Schilling, wobei Bereiche, die in anderen Ressorts bedeckt werden, wie die Städtischen Büchereien, ausgeklammert sind.

Der „Kunst- und Kulturbericht“ listet die Ausgaben der Geschäftsgruppe Kultur (zu der neben MA 7 — Kultur auch die MA 8 — Stadt- und Landesarchiv, MA 9 — Stadt- und Landesbibliothek und MA 10 — Museen der Stadt Wien gehören) auf und stellt in einem Dutzend Beiträgen die Arbeitsschwerpunkte und Leitlinien der einzelnen Abteilungen von der Musik bis zur Bildenden Kunst, von der Alltagskultur bis zu den Museen der Stadt Wien vor. Damit richtet sich der „Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien 1988“ nicht nur an die Kulturbürokratie und -verwaltung, sondern auch an eine breitere kulturinteressierte Öffentlichkeit, die sich anhand dieser

60seitigen ansprechend gestalteten Broschüre ein umfassendes Bild über Ursula Pasterks erstes Jahr ihrer Amtszeit als Amtsführende Stadträtin für Kultur machen kann.

Die Idee der Herausgabe eines städtischen Kunst- und Kulturberichts, zu der keine gesetzliche Verpflichtung besteht, geht auf eine bereits Mitte letzten Jahres geäußerte Anregung von Kulturstadträtin Pasterk zurück, die, über eine rein rechnerische Bilanz hinaus, damit eine intensivere Diskussion über Kriterien der Verteilung von Kulturgeldern beginnen will. In ihrem ersten „Kunst- und Kulturbericht“ skizziert Pasterk ihre über das entschiedene Eintreten für ein tolerantes Klima hinausgehenden Vorstellung von kommunaler Kulturpolitik mit vier leitenden Ideen:

- Erstens: die Demokratisierung des Kulturbegriffs. Kultur und Alltag sollten stärker miteinander verbunden, künstlerische Ereignisse möglichst vielen Interessierten zugänglich gemacht werden.
- Zweitens: Die Bewahrung der großen Tradition Wiens im Sinne einer Identitätsbindung der Bürger, aber auch Förderung des Fremdenverkehrs.
- Drittens: Die Förderung des Zeitgenössischen als selbstverständliche Verpflichtung großstädtischer Kulturpolitik, die eine dynamische Auseinandersetzung mit der Gegenwart brauche.
- Viertens: Die Internationalisierung der Wiener Kulturszene. Wien als Kongreßstadt und Sitz wichtiger internationaler Organisationen müsse seine Vermittlerfunktion und Weltoffenheit auch kulturell beweisen.

Im Zusammenhang mit der Vorstellung des Kunst- und Kulturberichtes betonte Pasterk die Absicht, eine gewisse Umverteilung von den reproduzierenden Künsten in Richtung produzierende Künste vorzunehmen und die Förderung zeitgenössischer künstlerischer Äußerungen zu verstärken. Bereits 1989 wurde etwa das Literaturbudget um 50 Prozent aufgestockt, neben dem ebenfalls um 50 Prozent erhöhten Canetti-Stipendium ein weiteres Stipendium für junge Autoren eingerichtet und eine zweite Literaturwoche im Herbst neben der Literatur im März eingeführt. Die Förderung der Freien Theatergruppen wurde von 10 auf 16 Millionen Schilling angehoben, womit dem innovativen Element im Theaterbereich durch verstärkte Förderung Rechnung getragen wurde. Pasterk sprach sich gegen die Gießkanne und für das Qualitätsprinzip in der Kulturförderung aus und betonte die Notwendigkeit der Bürgernähe der Kultur. Als Beispiel für sparsame Verwaltung führte Pasterk die Wiener Festwochen an, deren Verwaltungskosten lediglich rund 10 Prozent ihres Gesamtbudgets betragen.

Schließlich nannte die Kulturstadträtin eine Reihe von Vorhaben und Projekten im Herbst mit dem Schwerpunkt im Bereich der bildenden Kunst, der auch in Zukunft in dieser Jahreszeit beibehalten werden soll:

- Die Gegenwartskunst-Ausstellung „Moskau — Wien — New York“ im Messepalast von Oktober bis Dezember
- Die Woche lateinamerikanischer Literatur „Gewalt und Zärtlichkeit“ im Tabakmuseum Mitte Oktober
- Das Musikfestival „Wien modern“ im November
- Die Übernahme der Arnulf Rainer-Ausstellung des New Yorker Guggenheim Museums ins Historische Museum der Stadt Wien ab Mitte November
- Die langerwartete Ausstellung über Adolf Loos im Historischen Museum der Stadt Wien und in der Albertina ab Anfang Dezember. (Schluß gab/bs/gg)

Forts. von Blatt 1404

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), ob er das Kontrollamt mit einer Prüfung der Vergabe von vier Gemeindebauvorhaben im 15. Bezirk beauftragen werde, da offenbar schon vor Beauftragung der GESIBA durch Gemeinderatsbeschluß die Firma WIBEBA als Generalunternehmer festgestanden sei, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, daß dieser Fall bereits vom zuständigen Stadtrat genau untersucht worden ist. Es gebe einen über 35 Jahre alten Grundsatzvertrag mit der GESIBA über die Baudurchführung von Gemeindebauten, der auch in diesem Fall seine Gültigkeit habe. Die Vergabe sei rechtlich völlig gedeckt, er werde aber trotzdem das Kontrollamt mit der Prüfung beauftragen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wer die Weisung erteilt habe, Frau Dr. Alexandra Colloredo-Mannsfeld unter Umgehung der Warteliste in der städtischen Krankenanstalt Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik anzustellen, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß er nach Rücksprache mit Primarius Prof. Dr. Wagenbichler diese Weisung gegeben habe. Frau Dr. Colloredo-Mannsfeld habe mit Prof. Wagenbichler bereits an der Universitätsklinik zusammengearbeitet, Prof. Wagenbichler habe nach der Übernahme des Primariats an der Semmelweis-Klinik den Wunsch geäußert, weiterhin mit Frau Dr. Colloredo-Mannsfeld zusammenzuarbeiten. Da sie vorher bereits an der Uni-Klinik gearbeitet hatte, war sie nicht in der Warteliste der Gemeinde Wien vertreten. Es gebe keinerlei Zusammenhang in diesem Fall mit Udo Proksch.

Die Stadt Wien ist bei allen Gesetzesvorschlägen im Parlament an der Begutachtung beteiligt, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER auf die DRITTE ANFRAGE von GR Gertrude OSTRY (SPÖ), was er unternommen habe, um die gesetzlichen Vorschriften an den Wiener Spitälern zu verbessern. Er habe darauf aufmerksam gemacht, daß sich manche Vorschriften nicht mit der Realität decken. Eine in der Praxis undurchführbare Verordnung, die den Krankenschwestern das Umstecken von Infusionen verboten hätte, sei durch eine Intervention gemildert worden, sagte Stacher. Trotzdem sei in keinem österreichischen Krankenhaus ein exakter Dienst nach Vorschrift möglich.

In einem Brief an den Gesundheitsminister habe er diesen gebeten, die gesetzlichen Vorschriften überprüfen und an die Realität anpassen zu lassen. Der Oberste Sanitätsrat sei damit beauftragt worden, auch ein Ausschuß im Parlament sei zum selben Zweck gegründet worden. Seine persönlichen Zielvorstellungen seien ähnliche Bestimmungen, wie es sie in der Bundesrepublik Deutschland oder in der Schweiz gebe, in denen keine detaillierten Aufzählungen bestimmter Tätigkeiten enthalten seien, aber die Aufsichtspflicht strenger geregelt sei, schloß Stacher.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP), wann der Turnsaalneubau für die Volksschule Hietzinger Hauptstraße 166 fertiggestellt sein werde, antwortete Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, daß mit den Bauarbeiten im Sommer 1988 begonnen und 1989 die Baurate von 4,36 Millionen Schilling um weitere vier Millionen Schilling erhöht worden sei. Die Fertigstellung ist für Herbst 1990 vorgesehen. Im Budget 1990 wird für die dazu nötigen Mittel gesorgt sein.

Das Ferienspiel des Wiener Landesjugendreferates vom 1. Juli bis 3. September biete eine Reihe von neuen Attraktionen und Aktivitäten für die Wiener Pflichtschüler, sagte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR MENTSCHIK (SPÖ). Einer der Höhepunkte werde die Kinderspielstadt auf dem Rathausplatz und in einem Teil des Rathausparkes sein. Ein weiterer Ferienspieltreffpunkt sei eine Zirkusgroß-

veranstaltung. Die Ferienspielpässe bzw. das „Ferien in Wien“-Spezialprogramm für 11- bis 15jährige Ferienspieler biete auf jeweils rund 80 Seiten Aktivitäten mit den Schwerpunktbereichen Sport und Kultur. In das Programm für die älteren Ferienspieler habe man verstärkt Kursangebote sowie Besuche technischer Einrichtungen aufgenommen. Darüber hinaus werde im Rahmen des Ferienspiels eine Begegnung zwischen Kindern aus Wien und Budapest, das seit zwei Jahren ebenfalls ein Ferienspiel hat, stattfinden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR Mag. KABAS (FPÖ) nach dem Stand der Verhandlungen über den Ankauf des Nordbahnhof-Geländes im Hinblick auf die EXPO-Planungen sagte Planungsstadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ), es sei ein offizielles Kaufangebot der Stadt Wien für das gesamte ÖBB-Areal, ausgenommen den Grundstücksstreifen Lassallestraße, erfolgt. Eine offizielle Antwort der Bundesbahnen stehe aber noch aus. Im Hinblick auf die EXPO 95 sagte Swoboda, habe der Wiener Gemeinderat eine Bausperre über das Gelände im Nahbereich der U-Bahn-Station Vorgartenstraße verhängt. Wichtige Teile dieses Areals stünden damit für eventuelle EXPO-Planungen zur Verfügung. Die Frage, auf welche Lastenbahnhöfe bzw. Areale die derzeit im betreffenden Gebiet angesiedelten Firmen ausweichen könnten, sei noch offen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR WOLLER (SPÖ) gab Planungsstadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ) bekannt, daß ein Ansuchen zur Verbauung des Wiener Eislaufvereines von der Bauoberbehörde abgewiesen worden sei. Eine Berufung sei nicht zulässig. Derzeit sei eine Bausperre über dieses Gebiet verhängt, ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan werde ausgearbeitet.

Kabelschächte in Wiener Hochhäusern könnten in einem Brandfall keinen gefährlichen Kamineffekt erzeugen, sagte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) in Beantwortung der ACHTEN ANFRAGE von GR Dr. NEUBERT (ÖVP). Die Kabelschächte seien geschoßweise abgeschottet. In öffentlichen Hochhäusern werden regelmäßig Brandschutzübungen durchgeführt.

Die Mobiltenniskplätze werden von der Bevölkerung angenommen, sagte StR. Dr. HÄUPL in Beantwortung der NEUNTEN ANFRAGE von GR HIES (SPÖ). Die Mobiltenniskplätze bieten alle Vorteile der getrennten Müllsammmlung und sind eine Werbung für die Mülltrennung.

Zum Problem „Verkehrschao“ auf der Süd-Ost-Tangente sagte StR. HATZL in Beantwortung der ZEHNTEN ANFRAGE von GR PRINZ (FPÖ), er setze sich für den Ausbau der U-Bahn, S-Bahn, für eine Donauquerung und andere Straßenzusammenschlüsse ein. Außerdem müsse man versuchen, die Gütertransporte auf die Schiene zu verlagern. Park-and-Ride-Systeme sollten in Zusammenarbeit mit den niederösterreichischen Umlandgemeinden rasch verwirklicht werden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR Mag. KAUER (ÖVP), wann mit der Renovierung der Dr.-Karl-Lueger-Gedächtniskirche am Zentralfriedhof zu rechnen sei, sagte StR. HATZL, er sei dafür formal nicht zuständig.

Angelobung eines Mitglieds des Gemeinderates

GR HAAS (SPÖ) hat mit 8. Juni sein Mandat zurückgelegt. An seiner Stelle wurde Komm.-Rat Franz KLACKL als Gemeinderat angelobt. Gemeinderats-Vorsitzender DINHOF begrüßte das neue Mitglied und sprach den Dank an den ausgeschiedenen GR HAAS aus, der seit 9. Juni Bezirksvorsteher von Simmering ist.

Neubestellung Aufsichtsrat/Wiener Städtische

Im Zusammenhang mit der Neubestellung des Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt und der Wahl eines Mitglieds des Sparkassenrates der Zentralsparkasse verwies StR. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) auf einen Grundsatz, der, wie er sagte, bereits Allge-

Forts. von Blatt 1406

Forts. auf Blatt 1408

meingut geworden sein sollte, nämlich keine aktiven Politiker in Aufsichtsräte zu entsenden. Er beantragte daher die getrennte Abstimmung nach Wirtschaftsfachleuten und Politiker. Bei der ABSTIMMUNG wurden die Vertreter der Wirtschaft einstimmig, die politischen Mandatäre mit Mehrheit für drei Jahre in den Aufsichtsrat der Wiener Städtischen berufen. Auch die Wahl Dr. Ferdinand MAIERS als Nachfolger von Bundesminister Dr. Erhard BUSEK als Sparkassenrat der „Z“ erfolgte mit Stimmenmehrheit.

Rechnungsabschluß: Berichterstattung Mayr

Vizebürgermeister MAYR berichtete, daß beim Rechnungsabschluß 1988 eine Verbesserung um 3,1 Milliarden gegenüber dem im Budget vorgesehenen Abgang erzielt werden konnte. Die Einnahmen belaufen sich auf 84,5 Milliarden, die Ausgaben auf 88,1 Milliarden. Der tatsächliche Abgang beträgt somit 3,6 Milliarden Schilling. Im Rechnungsabschluß sind 3,5 Milliarden enthalten, die bei einem Vergleich mit dem Voranschlag sinnvollerweise abzuziehen sind: 2,5 Milliarden vorzeitige Fremdmittelaufnahmen aufgrund der günstigen Situation auf den Kapitalmärkten, die schon für das Folgejahr vorgesehen sind, sowie eine Milliarde an Fremdmitteln, die Umschuldungsmaßnahmen zu niedrigeren Zinssätzen dienen. Nach dieser Bereinigung sind die Ausgaben gegenüber dem Voranschlag um rund 2,5 Milliarden oder 2,8 Prozent gesunken, die Einnahmen um 0,8 Prozent gestiegen.

Bei den Investitionen von 11,7 Milliarden Schilling (minus 1,5 Milliarden aufgrund von Kostenreduktionen) sind die größten Posten der U-Bahn-Bau mit 4,1 Milliarden, der Spitalsbau mit 2,3 Milliarden und der Wohnbau mit 1,4 Milliarden. Vizebürgermeister Mayr verwies auf die große Bedeutung, die die Stadt Wien damit dem öffentlichen Verkehr beimißt, sowie auf die Tatsache, daß die präliminierten Kosten beim Bau von AKH und SMZ-Ost unterschritten werden konnten. Zur Gesundheitsdebatte sagte Mayr, er könne sich ein ähnliches System wie auf dem Sparkassensektor mit vielen dezentralisierten organischen Einheiten, die mit der Durchführung beauftragt sind, und einem Spitzeninstitut zum finanziellen Ausgleich vorstellen. Der Parteitaktik im Bereich der Gesundheitspolitik erteilte Mayr eine klare Absage, die generelle Neureglung könne nur gemeinsam von Parteien, Interessensvertretungen und Gebietskörperschaften erreicht werden.

Der Schuldenstand betrug Ende 1988 43 Milliarden (plus 3 Milliarden), die allerdings um die bereits erwähnten 2,5 Milliarden Fremdmittelaufnahmen bereinigt werden müssen und damit auf 40,5 Milliarden zu reduzieren sind. Der Rücklagenstand erhöhte sich beträchtlich um 4,4 Milliarden auf 11,8 Milliarden.

Die Wiener Holding konnte 1988 ihren Umsatz um 6,6 Prozent auf 2,03 Milliarden sowie die Zahl der Mitarbeiter um 5 Prozent auf 6.474 steigern. Der Fremdenverkehr wird eine immer stärkere Stütze der Wiener Wirtschaft, sagte Mayr, die Gästenächtigungen erreichten mit 6,29 Millionen (plus 7 Prozent) einen neuen Rekord. Auch beim Wiener Wirtschaftsförderungsfond wurde mit 80 Betriebsansiedlungen und damit verbundenen 2,1 Milliarden an privaten Investitionen und 2.468 gesicherten Arbeitsplätzen ein wesentlich besseres Ergebnis als in den Vorjahren erzielt.

Der Konjunkturaufschwung fiel in Wien mit drei Prozent nicht so kräftig aus wie in Gesamtösterreich (4,2 Prozent). Im ersten Halbjahr 1989 fehlten in Wien rund 15.000 Arbeitskräfte. Vizebürgermeister Mayr schlug in diesem Zusammenhang eine raschere Integration der Asylwerber in Österreich vor, womit auch die bestehenden Probleme wie das übervolle Lager in Traiskirchen und der sogenannte „Arbeitsstrich“ mit unwürdigen Arbeitsbedingungen für die Asylwerber gemildert werden könnten. Wien hat sich dazu bereit erklärt, diesen Menschen eine geregelte Arbeit zu Bedingungen zumindest des Kollektivvertrages zu ermöglichen, er erhoffe sich

Forts. von Blatt 1407

Forts. auf Blatt 1409

dazu auch ein baldiges Ja von den Bundesstellen und den Interessensvertretungen, schloß Mayr.

Generaldebatte

Man könne beim Rechnungsabschluß 1988 nicht von einem Einsparungserfolg sprechen, sagte GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), denn genehmigte Projekte vor allem im Wohnbaubereich und bei der U-Bahn seien nicht effizient genug durchgeführt worden, bei der Aufschließung von Betriebsbaugebieten habe es Verzögerungen gegeben, und bei AKH und SMZ-Ost wurden die Bauraten nicht ausgeschöpft. Die Erhöhung der Einnahmen des Jahres 1988 lasse sich auch auf höhere Belastungen bei den Gemeindesteuern zurückführen. Der Personal- und Pensionsaufwand sei mit einem Prozentsatz von 27,5 und fast 700 Millionen Schilling unter den Erwartungen geblieben. Trotzdem habe die geplante Investitionsquote in der Höhe von 15 Prozent einen unbegreiflichen Abfall um 1,6 Milliarden erlitten. Der Rechnungsabschluß 1988 sei eine Auflistung kommunaler Versäumnisse und Verzögerungen. Die in Zukunft notwendigen Investitionen in eine tiefgreifende Gesundheitsreform werden beträchtlich sein, sagte Hirnschall. Deshalb wäre es eine Verschwendung von Steuergeld, die EXPO 1995 zu finanzieren beziehungsweise die Ausfallhaftung zu übernehmen, wenn andere unumgängliche und dringliche Prioritäten zu setzen wären. Zahlreiche Maßnahmen im Gesundheitswesen, wie eine Entnivellierung beim Pflegepersonal, eine Verdichtung und Intensivierung des ärztlichen Dienstes, eine kräftige Aufstockung der Dienstposten, die Einstellung von Halbtagskräften und eine sinnvolle Dezentralisierung, würden erhebliche Budgetmittel erfordern. Er bezweifle, sagte Hirnschall, daß StR Dr. Stacher der Motor einer solchen Reform sein könne, weshalb ein Wechsel unumgänglich sein werde. Zur Finanzierung einer Humanisierung der Pflegeheime schlug Hirnschall den Verkauf der 25prozentigen Beteiligung der Stadt Wien an der Flughafenbetriebsgesellschaft vor und brachte einen entsprechenden ANTRAG ein. Der Erlös aus diesem Verkauf sei in Verbesserungsmaßnahmen für Pflegeheime zu investieren, schloß Hirnschall.

Der Rechnungsabschluß zeige deutlich eine investitionsfeindliche Haltung auf, sagte GR Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP). Wien habe Strukturprobleme, wie die Entindustrialisierung, die Stagnation bei der Technologie, höhere Arbeitslosenraten als die anderen Bundesländer. Die drängenden Probleme im Gesundheitswesen, in der Umweltfrage, beim Wohnbau und bei der Ent- und Versorgung seien nicht gelöst.

Der Bericht der Internationalen Expertenkommission Lainz habe eine Reihe gravierender Mängel und schwerwiegender Versäumnisse im Gesundheitswesen aufgezeigt. Die logische Konsequenz sei eine umfassende Reform. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher war in den letzten 16 Jahren für das Gesundheitswesen zuständig. Er habe nach eigenen Aussagen von den bestehenden Mängeln gewußt, ohne sie zu abzustellen. Er sei daher seinen Pflichten und seiner Verantwortung nicht im erforderlichen Ausmaß nachgekommen. Es sei daher nicht zu erwarten, daß Stacher eine umfassende notwendige Strukturreform im Spitals- und Gesundheitsbereich mit der nötigen Dynamik in Angriff nehmen werde. Sogar ein Mitglied der Expertenkommission habe bezweifelt, daß es jetzt wirklich zur Reform komme. In diesem Sinn stellte GR Dr. Maier einen MISSTRAUENSANTRAG: Der Wiener Gemeinderat möge durch ausdrückliche Entschließung dem amtsführenden Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher sein Vertrauen versagen.

Als Sofortmaßnahmen im Gesundheits- und Spitalswesen verlangt die ÖVP in einem BESCHLUSSANTRAG die Entlastung des Krankenpflegepersonals von berufsfremden Tätigkeiten, flexiblere Arbeitszeitgestaltung und die Beschäftigung von Teilzeitkräften, den Schichtdienst statt dem „Radldienst“, die Intensivierung des zweiten Bildungsweges für Stations-

Forts. von Blatt 1408

Forts. auf Blatt 1410

gehilf(inn)en, Verstärkung der Krankenpflegeausbildung, die Einstellung von mehr Abteilungshelferinnen sowie die Verwirklichung der Hauskrankenpflege und den Ausbau von Sozialstationen.

Weiters sprach sich der Redner für die Privatisierung der Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien sowie der Zentralwäscherei aus. Diese Betriebe seien durch hohe Defizite gekennzeichnet.

Über den Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Stacher wird voraussichtlich am Freitag abgestimmt werden.

Der Rechnungsabschluß sei die in Zahlen gegossene Politik, erklärte Klubobmann Ing. SVOBODA (SPÖ). Wien hat als Stadt im vergangenen Jahr an Bedeutung gewonnen, die Zahlen aus Fremdenverkehr, Kultur und anderen Bereichen sprechen für sich. Aber die Sozialisten geben sich mit dem Erreichten nicht zufrieden, sondern arbeiten weiter. So seien etwa die Bemühungen um die Weltausstellung 1995 nicht Selbstzweck, sondern als Motor für die Entwicklung der Stadt und für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen dieser Stadt zu verstehen. Man könne stolz sagen, erklärte Svoboda, daß es in ganz Europa keine Stadt in der Größenordnung Wiens gebe, die in Normalzeiten mit Hochquellenwasser versorgt wird. Auch im Wohnbereich seien — etwa durch die Altstadtanierung, die Wohnhaussanierung oder das neue Wohnbauförderungsgesetz — die Voraussetzungen auf Jahre hinaus und nicht nur für den Augenblick geschaffen worden.

Das Gesundheitswesen sei in der letzten Zeit durch die Ereignisse in Lainz in der Öffentlichkeit stark in den Vordergrund getreten. Aber von einer Bankrotterklärung zu sprechen, wie es Redner der Opposition taten, sei sicher keine Form, um glaubwürdige Politik zu betreiben, betonte Svoboda. Es wurden in allen Bereichen Reformen durchgeführt, und es bestehe die Absicht, auch weiter laufend Reformen für die Menschen in dieser Stadt zu machen. Stadtrat Univ.-Prof. Stacher habe sich in den 16 Jahren seiner Amtsführung große Verdienste um das Gesundheitswesen in Wien erworben. Das Gesundheitswesen funktioniere in vielen Bereichen vorbildhaft, sei aber sicher auch verbesserungsfähig. Der Bericht der Internationalen Kommission zeige auf, daß Reformen und Verbesserungen notwendig sind. „Zweifellos werden wir Maßnahmen einleiten und das Wohl und die Gesundheit der Bürger in den Mittelpunkt stellen,“ sagte der Klubobmann. Die tragischen Ereignisse in Lainz hätten das Vertrauen in das Gesundheitswesen erschüttert. Mit Rücktrittsforderungen und Mißtrauensanträgen, die schnell gestellt sind, sei keine Politik zu machen, die um sachliche Lösungen bemüht und den Menschen dienlich ist.

Es reiche nicht, einzelne zu Sündenböcken zu stempeln, vielmehr sollte es Aufgabe der Politiker sein, den entstandenen Schaden zu minimieren. Die Sozialisten wollen Mißstände nicht zudecken oder verniedlichen, aber das Gesundheitswesen sei zu wichtig, um es zum parteipolitischen Hick-Hack zu verwenden. Svoboda betonte, er sehe keinen Grund für einen Mißtrauensantrag — vielmehr allen Grund, Stadtrat Stacher bei der kommenden Arbeit für die Reform zu unterstützen. Er brachte einen ANTRAG bezüglich genereller Grundsätze für eine Reform des Gesundheitswesens in Österreich ein. In dem Antrag werden neben Akutmaßnahmen auch langfristige Reformen für das Gesundheitswesen gefordert, wobei die Reform des Gesundheitswesens nicht auf das Krankenhaus beschränkt werden, sondern alle Stufen der medizinischen Versorgung umfassen soll. Angesprochen sind Bund, die Länder, die Sozialversicherung, private Spitalerhalter und Versicherungen sowie die Interessensvertretungen, die gemeinsam eine österreichweite Lösung finden sollen, die zugleich menschlich und wirtschaftlich ist. Konkret gefordert werden u.a. Wirtschaftlichkeitsprüfungen für jedes Spital in Österreich; ersparte Kosten sollen in den jeweiligen Institutionen verbleiben; Spitäler sollen durch strikte Einhaltung eines Stufenaufbaus in der medizinischen Versorgung entlastet werden.

Forts. von Blatt 1409

Forts. auf Blatt 1411

Da derzeit die Vereinbarung über den KRAZAF bis 31. Dezember 1990 gilt, soll die Neuregelung mit 1. Jänner 1991 in Kraft gesetzt werden.

Abschließend zog Klubobmann Svoboda eine Bilanz über ein Jahr Dezentralisierung. In der Dezentralisierung sieht er die große Chance, die Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bürger zu verbessern. Der erste Schritt, die Übertragung von Aufgaben an die Bezirke, habe den Menschen die Möglichkeit gegeben, verstärkt mitzusprechen, etwa bei der Mietermitbestimmung oder bei der Stadtplanung. Es sei damit ein Weg beschritten worden, der weiter ausgebaut werden soll, denn „die Menschen wollen, daß gemeinsam mit ihnen Politik gemacht wird und nicht über ihre Köpfe hinweg“.

Finanzen und Wirtschaftspolitik

GR Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) kritisierte, daß die politische Realität in Wien hinter den Ankündigungen zurückbleibe. Dies sei an den Investitionen der Stadt im Jahr 1988 abzulesen, die mit 11,6 Milliarden Schilling um 1,6 Milliarden unter den geplanten 13,2 Milliarden liegen. Dadurch würden infrastrukturelle Mängel perpetuiert, der öffentliche Verkehr bleibe ebenso hinter den gesteckten Zielen zurück wie der Wohn- und der Spitalsbau. Darüber hinaus gebe es auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wien liege mit 5,5 Prozent Arbeitslosen im Jahr 1988 über dem Bundesdurchschnitt. Stark sinkend sei auch die Zahl der Industriebeschäftigten, da die Rahmenbedingungen nicht ideal seien. Wöber kritisierte schließlich die überproportionalen Steigerungen bei den Gebühren etwa für Müll oder Abwasser und verlangte, die Finanzkraft der Bezirke zu stärken. Es gebe auch positive Entwicklungen in Wien, wie etwa beim Fremdenverkehr, alles in allem könne die ÖVP dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1988 jedoch nicht zustimmen.

GR PRAMEL (SPÖ) verwies darauf, daß 1988 fast 400.000 Quadratmeter für 80 Betriebsgründungen zur Verfügung gestellt wurden. Es sei ein Rückgang der produzierenden Betriebe feststellbar, die Automation reduziere die Industriearbeitsplätze. Dabei spiele auch das fehlende Personal eine Rolle, fast 15.000 Facharbeiter gebe es in Wien zu wenig. Die Sozialpartner müßten gemeinsam dieses Problem angehen, so sei die Schulung, vor allem die Nach- und Umschulung, zu intensivieren.

Immerhin konnten seit 1982 über den Wirtschaftsförderungsfonds rund 20.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden, allein 1988 betragen die dadurch initiierten privaten Investitionen mehr als zwei Milliarden Schilling. Wien sei ein guter Boden für Betriebsansiedlungen, was ihm immer wieder aus der Wirtschaft bestätigt werde, sagte Pramel. Die Wiener Wirtschaftsförderung sei auch auf den Gebieten der Strukturverbesserungsaktion, der Hotelverbesserungsaktion, der Förderung wassersparender Maßnahmen und der Förderung von Innovationen sowie der Garagenförderung und der Betriebsberatung sehr erfolgreich.

Zur Gesundheitsdebatte stellte Pramel fest, daß der Anteil der Bereiche Gesundheit und Soziales am Wiener Budget sehr hoch sei. Er dankte Stadtrat Stacher für dessen Bemühungen auf diesem Gebiet. Zur Frage des sogenannten „Radldienstes“ sagte Pramel, man müsse bei der Arbeitseinteilung in den Spitälern auch die Wünsche und Entscheidungen der Bediensteten und deren Vertretung akzeptieren.

Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) erinnerte daran, daß es in fast allen Wiener Spitälern Notbetten auf den Gängen, ohne Klingel um die Schwester zu rufen und mit allen daraus für die Bedürfnisse der Patienten entstehenden Problemen gebe. Die meisten Stationen seien um 25 bis 30 Prozent überbelegt, das Pflegepersonal um mindestens diesen Prozentsatz zu wenig. Andererseits blieben Geldmittel im Budget übrig, die man zweckmäßigerweise in die Spitäler hätte investieren sollen. Gespräche mit

Forts. von Blatt 1410

Forts. auf Blatt 1412

den Patienten fänden vielfach über die Gerichte statt, sagte Hampel-Fuchs, so hätte der Psychosoziale Dienst wegen Kritik an ihm eine Angehörigenvereinigung geklagt. Diese Klage sei übrigens zu zwei Drittel abgelehnt worden.

Die Anzahl des Personals stehe in keinem Verhältnis zur Anzahl der zu betreuenden Patienten, sagte Hampel-Fuchs. So gebe es eine Abteilung im AKH, an der schon seit Jahren ständig drei Schwestern zu wenig seien. Dies sei nicht die einzige Abteilung mit solchen langjährigen Forderungen. Dafür würden Betrunkene ohne Verletzungen auf die Chirurgie eingeliefert, erzählte Hampel-Fuchs. Zu zahlreichen Beschwerden der Volksanwaltschaft über unkorrekte Behandlungen von Patienten hätten die Ärzte Fehlleistungen aufgrund ständiger Überlastung des Pflegepersonals zugeben müssen.

Scharf kritisierte Hampel-Fuchs den umfangreichen Beschlußantrag der Sozialistischen Fraktion. Sie habe den Verdacht, die Reformen sollten möglichst weit hinausgeschoben werden. So seien im Beschlußantrag keine kurzfristigen Maßnahmen zur sofortigen Entlastung der Schwestern vorgesehen, wie sie im Expertenbericht gefordert werden. Wenn deren Vorschläge jetzt nicht berücksichtigt werden, sei das ein Verrat an der umfangreichen Arbeit der Experten, sagte Hampel-Fuchs. Scheinbar verhinderten gravierende Strukturmängel kurzfristige Neuaufnahmen. Sie werde jedenfalls weiterhin darauf dringen, daß die Vorschläge der Experten im Sinn eines humanen Spitals realisiert werden, schloß Hampel-Fuchs.

Die Probleme, die die Expertenkommission nach ihrer Untersuchung in Wiener Spitälern aufgezeigt habe, sagte GR HUBER (SPÖ), stünden für eine europäische Entwicklung im Gesundheitsbereich. Zum Vergleich zitierte Huber Pressestimmen aus der BRD, Großbritannien, Frankreich und Schweden und machte darauf aufmerksam, daß Tötungsdelikte wie in Lainz bedauerlicherweise auch in Deutschland und Belgien Schlagzeilen gemacht hätten. Der Kommissionsbericht sei ein Mängelkatalog und deshalb nicht mit den positiven Aspekten des Wiener Gesundheitswesens befaßt gewesen; darüber hinaus hätten sich die Experten auch keine Gedanken über die Finanzierbarkeit der erforderlichen Maßnahmen gemacht. Man könne nicht sagen, daß die Entwicklung auf dem Pflegesektor stagniere, sagte Huber, und brachte einen Vergleich aus dem Jahr 1983, in dem für 1.480 Lainzer Krankenbetten 496 diplomierte Krankenschwestern zur Verfügung gestanden hätten. 1988 habe Lainz einen Bettenstand von 1.340 gehabt, die Zahl der diplomierten Krankenschwestern habe 739 betragen. Darüber hinaus seien Wiens Spitälern aufgrund ihrer zahlreichen Spezialeinrichtungen, ihrer medizinischen Struktur und der Leistungen der Wiener Medizinischen Schule mit Bundesländerkrankenhäusern nicht vergleichbar. So werde Niederösterreich diese Spezialeinrichtungen, deretwegen die Patienten sich Spezialbehandlungen in Wien unterziehen, auch nicht durch zusätzliche Betten ersetzen können. Die Kommission habe die Aufgabe gehabt, Schwachstellen des Systems aufzuzeigen. Man habe aber in dem Expertenbericht ausdrücklich auch auf die Spitzenleistungen in Wiener Spitälern, die mit international niedrigen Tageskostensätzen erbracht werden, aufmerksam gemacht, schloß Huber.

In seinem Schlußwort zur Generaldebatte und zur Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik bezeichnete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) den Vorschlag von FPÖ-Klubobmann Dr. Hirnschall, die Wiener Flughafenanteile um eine Milliarde Schilling zu verkaufen, als unrealistisch. Der Wiener Anteil liege bei 25 Prozent; der Bund habe seine 50-Prozent-Anteile um 700 Millionen Schilling verkaufen wollen, jedoch keinen Käufer gefunden. Der Vorwurf der Parteibuchwirtschaft frapriere ihn, sagte Mayr, da gerade die FPÖ intensiv um Posten interveniere. Das Bekenntnis zu einer demokratischen Partei dürfe weder ein Vorteil noch ein Nachteil sein.

Forts. von Blatt 1411

Forts. auf Blatt 1413

Zur Forderung der ÖVP nach Privatisierung des Landwirtschaftsbetriebes meinte Mayr, dies sei aus Gründen der Landschaftspflege und der Flächenreservenpolitik nicht sinnvoll. Die Defizite seien rein buchhalterisch da nach der Kameralistik die Investitionen nicht berücksichtigt würden.

Scharf wies Mayr den Vorwurf den ÖVP-GR Dkfm. Dr. WÖBER, zurück die Stadt Wien verletze die Budget-Wahrheit. Er verstehe auch die Logik dieser Argumentation nicht, wenn einerseits die Rücklagenbildung in den Bezirken gelobt, beim Magistrat aber abgelehnt werde. Ihn störe auch, sagte Mayr, daß man im Wirtschaftsförderungsfonds alle Fragen einstimmig und gemeinsam löse, und dann die Redner der Volkspartei im Gemeinderat die Wirtschaftspolitik als nicht zielführend bezeichnen.

Ebenso verstehe er nicht, sagte Mayr, daß die Volkspartei auf Bundesebene, wie Staatssekretär Dr. Stummvoll, in Wien Spitalsbetten sperren wolle, und sich dann die ÖVP-Stadträtin Hampel-Fuchs über Gangbetten in den Spitälern beschwere. Es könne nur einer von beiden Recht haben.

Er nehme zur Kenntnis, daß die Kritik am Rechnungsabschluß 1988 relativ gering war, was für ihn bedeute, daß die Ablehnung durch die Oppositionsparteien mehr eine politische als eine sachliche Entscheidung sei.

Umwelt, Freizeit und Sport

Keine gute Phase für den Umweltschutz konstatierte GR Mag. KABAS (FPÖ) derzeit, da die triste Lage im Bund auf Wien abfärbe. Im letzten Halbjahr sei nicht viel geschehen, obwohl die Umweltsituation nicht besser geworden sei. Es müsse zielgerichteter und effektiver gearbeitet werden, etwa in der Frage der Rettung des Wienerwaldes und der Quellschutzwälder. So sei eine Überprüfung der Bannlegung des Wienerwaldes zwar von StR Häupl bereits im Mai 1988 zugesagt worden, geschehen sei aber nichts. Kabas stellte auch die Frage, was die Stadt Wien aus eigener Kompetenz heraus gegen den Hauptverursacher der Luftverschmutzung den Individualverkehr, getan habe. Die bloßen Forderungen an den Bund nach Senkung der Luxusmehrwertsteuer und nach Nachrüstkatalysatoren seien keine Eigenleistungen der Gemeinde Wien. Dagegen wäre die Förderung von Nachrüstkatalysatoren durch die Stadt ein Anreiz und würde zumindest den guten Willen der Stadt Wien demonstrieren. Ein Teil der Luftverschmutzung erfolge auch durch die Betriebe, die von den Behörden zu wenig kontrolliert werden, meinte Kabas, wie auch zu überdenken sei, wieweit Behörden überhaupt dazu imstande sind, Betriebs- und Anlagenprüfungen durchzuführen. In der Frage der Müllverbrennungsanlagen bedauerte Kabas, daß StR Hatzl die viel zu langen Übergangsfristen des Bundesluftreinhaltegesetzes voll ausschöpfen wolle. Bezüglich der Dioxinversuche mit Aktivkohlefilter sagte Kabas, dieses Verfahren sei noch nicht ausgereift, und warnte vor übertriebenen Hoffnungen und frühzeitigen Versprechungen, da sonst die Glaubwürdigkeit in der Umweltschutzpolitik weiter erschüttert werden könnte.

GR Dr. HAWLIK (ÖVP) warf StR Stacher vor, als Gesundheitspolitiker versagt zu haben. So habe er sich in den 16 Jahren seiner Amtsführung nie in Umweltfragen engagiert. Im Sinne eines erweiterten Gesundheitsbegriffes komme jedoch der Umweltpolitik entscheidende Bedeutung zu. Hawlik kritisierte, daß Politik oft als Verwaltung mißverstanden werde, wobei das Spital ein Amt und der Patient einen aktenkundig gewordenen Fall darstelle.

Hawlik urgierte ein umfassendes Abfallwirtschaftsgesetz. Auch gebe es vom Abfallwirtschaftskonzept nur eine Rohfassung. Er stellte einen ANTRAG, den zwischen der Gemeinde Wien und den HBW bestehenden Müllbeseitigungsvertrag, in dem sich die Gemeinde Wien zur Lieferung von jährlich 400.000 Tonnen Müll verpflichtet, aufzulösen.

Forts. von Blatt 1412

Forts. auf Blatt 1414

Hawlik bezeichnete den Luftbericht als unvollständig, da er keine ausreichenden Informationen über Luftmessungen bei den EBS und bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig enthalte. Seiner Ansicht nach verhindere die Smogalarmverordnung, daß bei einem Unfall tatsächlich Smogalarm ausgelöst werden kann. Die Verordnung diene lediglich dem Versuch, den Bund zur Finanzierung der 15 Luftmeßstellen heranzuziehen, meinte Hawlik. Bezüglich des fotochemischen Smogs brachte Dr. Hawlik einen ANTRAG ein, demzufolge ab 1990 für Wien Grenzwerte für Ozon festgelegt werden sollen. Zwei weitere ANTRÄGE fordern Verbesserungen bei den Luftqualitätsanzeigetafeln, damit in Zukunft die dort angezeigten Werte mit jenen am Standort des Betrachters übereinstimmen; außerdem solle bis 1990 dem Gemeinderat ein Grundwasserbericht vorgelegt werden.

GR BRIX (SPÖ) erinnerte einleitend daran, daß Stadtrat Stacher die Messungen über die Belastung von Kindern durch Schadstoffe initiiert sowie das Institut für Umweltmedizin ins Leben gerufen habe. Es gebe eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Umwelt- und dem Gesundheitsstadtrat.

Das Luftreinhalteprogramm habe bereits gegriffen, es werden mit Unterstützung der Wissenschaft die modernsten Technologien eingesetzt. Das Pilotprojekt zur Ausscheidung von Dioxinen funktioniere und werde realisiert. Das Luftmeßnetz wird in seiner zweiten Ausbaustufe mit modernsten Schwefelmeßstellen und Datenübertragung ausgestattet.

Als Gebot der Stunde forderte Brix die Ausstattung aller Kraftfahrzeuge als Hauptverursacher der Luftverschmutzung mit Katalysatoren. Die Verursacher sollten die Kosten dafür allerdings aus eigener Tasche zahlen. Brix lehnte eine Förderung aus öffentlichen Mitteln dafür ausdrücklich ab. Brix regte eine Preisüberwachung bei Katalysatoren an, die im Ausland teilweise wesentlich billiger als bei uns zu erhalten seien.

Zum Lärmschutz forderte Brix weitere Maßnahmen der Bundesbahnen auf den Hauptverkehrsstrecken sowie ein Lkw-Nachfahrverbot auf den Wiener Haupttrouten. Scharf lehnte Brix die Forderung des Handelskammer-Präsidenten nach einer Autobahn durch Simmeringer Wohngebiete ab.

Seit 1987 wurde aus dem Arbeitsprogramm für die „Umweltmusterstadt Wien“ viel verwirklicht, erklärte Brix: Die Ausweitung des Landschaftsschutzgebietes, die weitere Schließung des Grüngürtels, die Eröffnung von 20 Parkanlagen und die Pflanzung tausender Bäume und Sträucher, die Sanierung der Ringstraßenallee, die Erstellung eines Altlastenkatasters und die Sanierung etlicher Altlasten nannte Brix als Beispiele. Mit der Einleitung der Pfannbauernquelle ist Wien als einzige Millionenstadt komplett mit reinem Gebirgswasser versorgt. Brix bekannte sich zur Müllvermeidung und verwies darauf, daß es bereits in ganz Wien getrennte Müllsammlung gebe. Wo städtische Anlagen Schadstoffe emittierten, seien bereits moderne Rauchgaswäschen eingebaut. Vom Bund forderte Brix dringend den Bau weiterer Sondermüllentsorgungsanlagen. Abschließend verwies Brix auf den umfangreichen Ausbau von Freizeiteinrichtungen, wie Donauinsel, Bäder und Sportanlagen, in den letzten Jahren in Wien.

GR ZEIHSEL (FPÖ) ortete eine Krise des Turnsports in Wien, der eine der wichtigsten Grundsportarten sei. So habe es keine Wiener Mannschaft im Finale der Schulsportbewerbe gegeben. Um diesem negativen Trend entgegenzuwirken, stellte Zeihsel den ANTRAG, die Stadt Wien solle eine Sporthauptschule mit dem Schwerpunkt Turnen und Leibeserziehung errichten. Dies könne auch dem Hauptschulsterben entgegenwirken. Die Einführung von Sportplatzmieten, kritisierte Zeihsel, verursache finanzielle Notsituationen der Turnvereine, weshalb die FPÖ eine Aufhebung dieses Beschlusses fordert. Die Hallensituation für leistungsbezogene Turnvereine sei trostlos, sagte Zeihsel. Es gebe keine ausreichenden Trainings-

Forts. von Blatt 1413

Forts. auf Blatt 1415

möglichkeiten, weshalb er den ANTRAG stellte, die Sportplätze und Turnsäle von Volks- und Hauptschulen auch am Wochenende und an Feiertagen, vor allem aber ganzjährig gemeinnützigen Turnvereinen zur Verfügung zu stellen.

Wien könne nicht als Umweltmusterstadt bezeichnet werden, meinte GR Dr. NEUBERT (ÖVP) und verwies auf die Probleme mit den Wienflußsammelkanälen. In einem ANTRAG forderte Neubert, daß die Sanierung der Wienflußsammelkanäle raschest verwirklicht werden solle.

Das Sportbudget sei zu gering, es erreiche lediglich 0,3 Prozent des Gesamtbudgets. Die Vereine stünden oft vor erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Manche Sportplätze seien in einem desolaten Zustand. Neubert sprach sich auch für mehr Mittel für den Breitensport im Interesse der Volksgesundheit aus.

Grundsätzlich seien die Sozialisten prädestiniert, Umweltpolitik für alle Menschen zu machen, erklärte GR Erich HUBER (SPÖ), da die Sozialisten immer auf seiten der Schwachen und sozial Benachteiligten gestanden seien. Der Umweltschutz habe eine neue Dimension erreicht; das Ziel, eine gesunde Umwelt, sei gleichgeblieben. Sozialistische Grundsätze bestimmten die Umweltpolitik Wiens. So sei Wien eine der grünsten Städte Europas. Großräumige Baumpflanzungen hätten dazu ebenso beigetragen wie die Anlage von kleinen Parks. Wien sei auch das einzige Bundesland mit einem Altlastenkataster. Die Sanierung von Altlasten kostete bisher bereits 525 Millionen Schilling. Zu den Landwirtschaftsbetrieben erklärte Huber, ihre Hauptfunktion sei nicht die Produktion von Ackerfrüchten, sondern sie haben zahlreiche Umweltaufgaben zu bewältigen, wie etwa die Landschaftserhaltung.

Privatisierung, wie sie von der Opposition gefordert werde, sei daher nicht sinnvoll. Die Versorgung Wiens mit Hochquellenwasser sei nur eine von vielen erfolgreichen Umweltmaßnahmen. Mit diesen Leistungen sei man dem Ziel der Sozialisten, Wien zur Umweltmusterstadt zu machen, wieder ein Stück näher gekommen.

GR FÜRST (ÖVP) forderte eine differenzierte Angabe der Wiener Luftqualität, da die bekanntgegebene Durchschnittswerte keine Angaben über örtliche Schadstoffkonzentrationen enthielten. So habe es laut Luftbericht etwa im Bereich der Taborstraße, des Hietzinger Kais und des Gürtels in der Gegend des AKH wesentliche Überschreitungen der Richtwerte gegeben.

Weiters warnte Fürst vor einer Vernachlässigung des Katastrophenschutzes, der seiner Ansicht nach nicht ausreichend sei. Fürst zitierte aus einem Vorsorgeplan der Wiener Feuerwehr, der vor mehr als einem Jahr erstellt worden sei. Dieser Bericht führe unter anderem 35 Punkte an, in denen Vorsorgemaßnahmen zu setzen seien. So mangle es in den Feuerwachen an Lebensmittelvorräten sowie an Voraussetzungen für die Einberufung zusätzlicher Feuerwehrkräfte. Fürst vertrat weiters die Ansicht, daß die Feuerwachen mit einer zweiten unabhängigen Heiz- und Kochenergie sowie Trinkwasserversorgung auszustatten seien. Auch regte er an, die Einsatzleiter niederösterreichischer Feuerwehren für den Ernstfall mit Wiener Handfunksprechgeräten auszustatten. Fürst empfahl StR Häupl den Besuch der Zivil- und Katastrophenschutzschule in Kopenhagen. Jede Nachlässigkeit bei den Vorsorgemaßnahmen könne im Katastrophenfall große Opfer an Menschen und Sachwerten nach sich ziehen, warnte Fürst.

StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) stellte fest, daß bei der Fortschreibung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes noch umfangreiche Fragestellungen in wissenschaftlicher und organisatorischer Hinsicht bestehen. Zielführend sei dabei nur ein integriertes Konzept, das mit den Landesumweltreferenten und dem Bundesministerium abgestimmt sei. Das „Ökopfad“ könnte für neue Diskussionsmöglichkeiten sorgen.

Forts. von Blatt 1414

Forts. auf Blatt 1416

Die Kompetenz liege aber eindeutig beim Bund, von dem ein Bundesabfallwirtschaftsgesetz zu fordern sei. „Wir werden trotzdem im Herbst ein Landesabfallwirtschaftsgesetz vorlegen, auch wenn das möglicherweise wegen der fehlenden Kompetenz nur demonstrativen Charakter haben wird“, kündigte Häupl an. Wertvolle Erfahrungen werden in Wien durch eigentlich weit über die Aufgaben der Kommune hinausgehende Projekte wie dem gemeinsam mit dem Ökologieinstitut zur Abfallvermeidung in Alt Erlaa durchgeführt und jenem in einem Gemeindebau in Favoriten gewonnen. Als gemeinsames Ziel bezeichnete Häupl die „Ökologische Kreislaufwirtschaft“.

Voraussetzung für alle Maßnahmen sei, daß er keinesfalls eine Gefährdung der Entsorgungssicherheit zulassen werde, betonte Häupl. Die Müllverbrennung bezeichnete Häupl als derzeit unverzichtbare Übergangstechnologie für die nächsten 25 Jahre unter Einhaltung der strengen Bestimmungen des Luftreinhaltegesetzes. Das Problem Dioxin werde in kürzerer Frist, als vom Luftreinhaltegesetz verlangt, gelöst, die ersten Zwischenberichte seien außerordentlich ermutigend.

Das Informationssystem über die Luftsituation sei derart dicht, daß ihm die Kritik daran absolut unverständlich sei, stellte Häupl fest. Zum Smogalarmgesetz erinnerte Häupl an die Zusage des Bundes über eine Abgeltung der Vorleistungen (Errichtung von Meßstellen) durch die Länder und Kommunen. Die Einhaltung dieser Zusage werde er verlangen, dann könne man den Smogalarmverordnungsentwurf realisieren.

Beim Ozon sei die Akademie der Wissenschaften bereits damit beauftragt, Grenzwerte vorzuschlagen. Es handle sich dabei um einen Sekundärschadstoff, der eine Folge der Primärschadstoffe Stickoxide und Kohlenwasserstoffe, die wiederum hauptsächlich vom Kfz-Verkehr verursacht werden, ist. Ein Hauptproblem dabei sei die Transmission, die nur eingeschränkt Möglichkeiten zur lokalen Ozonreduktion zulasse. Die Meldung, Kinder wegen der Ozongefahr nicht im Freien spielen zu lassen, bezeichnete Häupl als verantwortungslos.

Zwei Forderungen an den Bund stellte Häupl bezüglich der Kfz-Emissionen: die Abschaffung der Luxus-Mehrwertsteuer für Kat-Autos und die gesetzliche Verpflichtung zu Nachrüst-Kats. Die Diskussion um eine Förderung der Nachrüstung könne fortgesetzt werden, er sei aber unter den gegebenen Umständen dagegen.

Zum Katastrophenschutz sagte Häupl, daß zweifellos noch wichtige Punkte offen sind. Die Kommunikation zwischen Wiener und Niederösterreichischen Feuerwehren sei durch kompatible Funkgeräte hergestellt, weiters seien Verbesserungen vorgesehen. Bei der Lebensmittelbevorratung gebe es keine Übereinstimmung wegen des Finanzaufwandes. Beim Besuch der Zivilschutzschule Kopenhagen werde er GR Fürst begleiten, versprach Häupl.

Den Vorwurf einseitiger politischer Orientierung bei der Sportpolitik wies Häupl ebenso zurück wie den der „Verstaatlichung“ des Sports. Die Stadt Wien versuche nur jene Bereiche zu beleben, in denen die Vereine nicht aktiv werden.

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Das Problem der Sanierung alter Ortskerne und Ensembles in den Randbezirken schnitt GR PRINZ (FPÖ) in seinem Debattenbeitrag an. Eine Ausstellung über dieses Thema stelle eine reine Bestandsaufnahme dar, konkrete Aussagen in bezug auf den Zeitraum und die Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen gebe es nicht. Prinz kritisierte den Mangel an Information der Bevölkerung bei der geplanten Verlängerung der U-Bahn nach Floridsdorf. Die Anrainer seien wegen der Absiedelung von Kleingärten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau und dem Bau der Station Strandbäder verunsichert. Prinz verlangte eine kontinuierliche Fortschreibung

Forts. von Blatt 1415

Forts. auf Blatt 1417

des Stadtentwicklungsplanes und der Bezirksentwicklungspläne, einen Prioritätenkatalog für Sanierungsvorhaben und mehr Planungstransparenz.

GR Dr. Peter MAYR (ÖVP) stellte den ANTRAG, die Magistratsabteilungen 18 und 21 sollten künftig beauftragt werden, vierteljährlich zu berichten, wer und zu welchen Kosten einen Planungsauftrag erhalten habe. Am Beispiel eines Auftrages für ein Projekt-Computerkarte meinte Mayr, daß manche Aufträge „irgendwo versanden“.

Auch die Volkspartei sei für die Nutzung des Geländes entlang dem Handelskai, doch sei noch eine Fülle von Fragen offen, die nun geklärt werden müßten. Zwischen Friedrich-Engels-Platz und der Brigittenauer Brücke stünde das ganze Areal der Stadt Wien zur Verfügung.

Die ÖBB verfügten in Wien über ein riesiges Schienennetz, das für den Personenverkehr mobilisiert werden könnte. Allerdings müßten die ÖBB ihre Pläne mit der Stadt Wien koordinieren, da es sonst zu Ungereimtheiten wie etwa bei der S 3 auf der Strecke Hollabrunn-Hietzing-Westbahnhof komme. Alle Organe der Stadt forderte Mayr auf, auf die Bundesbahnen massiven Druck auszuüben, daß sie mehr für das innerstädtische Verkehrsgehehen leisten.

Es gebe viele Gründe, die gegen einen Tunnel am Europaplatz sprechen, wie ihn die ÖVP und eine Bürgerinitiative verlangen, erklärte GR REITER (SPÖ). Die Gürtelkommission habe sich für den Margaretentunnel ausgesprochen. Am Europaplatz gebe es nur 500 Anrainer, am Margaretengürtel dagegen Tausende, auch werde es nach Fertigstellung von U 3 und U 6 zu einer drastischen Absenkung der Fußgängerzahlen am Europaplatz kommen. Außerdem würde bei einer Untertunnelung des Europaplatzes eine spätere Einbindung der Westeinfahrt nicht mehr möglich sein. Als Floridsdorfer Mandatar sprach sich Reiter für den raschen Bau der B 3 zur Entlastung des Bezirkszentrums und für die Verlängerung der U 6 bis zum Franz-Jonas-Platz aus. Damit würde auch für Bewohner westlicher Bezirke der Besuch der EXPO 1995 wesentlich erleichtert werden.

StR Dr. SWOBODA (SPÖ) nahm zunächst zur Wortmeldung von GR Prinz Stellung und betonte, daß die Sanierung der alten Ortskerne gemeinsam mit der Bevölkerung in Angriff genommen werden solle. Swoboda verwahrte sich gegen den Vorwurf mangelnder Information der Bevölkerung in Planungsfragen und meinte, die Opposition solle die Menschen nicht mit Gerüchten verunsichern, wie es bei den Kleingärtnern in Floridsdorf in bezug auf die geplante U 6 geschehen sei.

Zu den von GR Peter MAYR angeschnittenen Thema der zukünftigen Gestaltung des Handelskais sagte Swoboda, hier sollten Gutachten in Varianten ausgearbeitet werden. Mit den ÖBB gebe es Verhandlungen über diesen Bereich, wie auch über den Nordbahnhof und die endgültige Lösung für den Zentralbahnhof. Dem Antrag von GR Dr. Mayr, die Magistratsabteilungen 18 und 21 sollten künftig vierteljährlich über vergebene Planungsaufträge berichten, stimmte der Stadtrat zu.

Abschließend dankte Swoboda für die konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß und allen Mitarbeitern im Planungsressort.

Personal

GR Mag. KABAS (FPÖ) bezweifelte die Verfassungsmäßigkeit des Wiener Stadtsenates. Die Teilung in amtsführende und nicht amtsführende Stadträte erzeuge bei Verfassungsjuristen größte Bedenken und widerspreche dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Damit könnten sich weitreichende Konsequenzen für Beschlüsse des Stadtsenates ergeben. Eine Klärung der Situation könnte durch den Verfassungsgerichtshof erfolgen. Dazu wäre aber ein Drittel der Abgeordneten erforderlich, und die ÖVP sei entgegen ersten Äußerungen nun nicht mehr bereit, gemeinsam mit der FPÖ dies zu verlangen, sagte Kabas. Kabas vermutete, daß sich die ÖVP damit

Forts. von Blatt 1416

Forts. auf Blatt 1418

bei der Mehrheitsfraktion eine große Koalition „erkaufen“ wolle. Er forderte die ÖVP auf, doch noch zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der FPÖ zu finden.

Scharf kritisierte Kabas das Wiener Wahlrecht, das Minderheiten benachteilige. „Zwei bis drei sozialistische Kollegen sitzen auf unsere Kosten da“, sagte Kabas. Er forderte StR Swoboda auf, sich für ein Verhältniswahlrecht einzusetzen.

Ablehnend äußerte sich Kabas zum Ausländerwahlrecht auf Bezirksebene. Dies würde eher ein Hindernis für die Integration der Ausländer darstellen, an deren Ende eine bewußte Entscheidung für oder gegen die österreichische Staatsbürgerschaft stehen sollte. Außerdem würde durch ein Ausländerwahlrecht ein Mehrklassensystem beim allgemeinen Wahlrecht geschaffen, das unteilbar bleiben sollte.

Die ÖVP, sagte GR Mag. KARL (ÖVP), sei gegen eine Einführung des Ausländerwahlrechtes, aber für eine frühere Integration der Ausländer. Solange für Ausländer Gemeindewohnungen nicht zugänglich seien beziehungsweise keine Sozialunterstützung gewährt werde, sei die Einführung eines solchen Wahlrechtes eine Alibiaktion. Karl kritisierte verzögerte Verhandlungen zum Beispiel über das Ausschreibungsgesetz oder die Novellierung des Prostitutionsgesetzes und kritisierte die Ablehnung der SPÖ, ein Landessicherheitsgesetz einzuführen. Im Sinne einer Deregulierung und Entbürokratisierung seien die wertvollsten Gesetze jene, die aus Gründen der Entbehrlichkeit abgeschafft würden. Dem Bürger sei durch eine Reihe von längst überholten gesetzlichen Regelungen und zahlreichen Novellierungen von Gesetzen der Zugang zum Recht erheblich erschwert.

GR LEHNER (SPÖ) lehnte den Vorwurf der Parteienwirtschaft ab. Es bestehe dabei die Gefahr, die Arbeit der Mitarbeiter in Verruf zu bringen. Das von der ÖVP eingebrachte Objektivierungsgesetz sei eine Diskussionsgrundlage, enthalte aber viele Mängel und sei unausgereift. So schließe dieses Papier die Beschäftigung von Ausländern und Asylanten aus, enthalte ein Übermaß an Bürokratie. Aufnahmetests seien heute bereits zwingend für gewisse Berufssparten vorgesehen. Der ÖVP-Vorschlag könnte eine Verpolitisierung des Aufnahmeverfahrens zur Folge haben.

Am Wiener Arbeitsmarkt sei es gelungen, eine Konsolidierung zu erzielen. Waren die Arbeitskräftezahlen zu Beginn der 80er Jahre rückläufig, konnte diese Tendenz ab 1984 gestoppt werden, und seither steige die Anzahl der Arbeitskräfte.

Zur Ausländerpolitik und zum Wahlrecht für Ausländer nahm GR. WURM (SPÖ) Stellung. Die Behandlung von Minderheiten seien Gradmesser für das demokratische Verständnis einer Gesellschaft. Er bedauere daher das Nein der ÖVP und FPÖ zum Ausländerwahlrecht. Das Wahlrecht sei für ihn Teil der Menschenrechte und er sehe auch kein Problem in der Differenzierung des Wahlrechtes in verschiedenen Ebenen. Das Wahlrecht allein löse allerdings das Problem der Ausländer nicht. Ziel der Integration solle es sein, jene Ausländer in die Gesellschaft einzubinden, die es wollen. Es gehe um Integration und nicht um Assimilation. Zusätzlich zum Ausländerwahlrecht müßte es daher Erleichterungen beim Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft sowie eine raschere Abwicklung und auch Doppelstaatsbürgerschaften geben. Verbesserungen beim Wohnen und die Gleichbehandlung im Sozialbereich seien notwendig und auch die Hilfe für die zweite Generation. Entschieden wandte sich Wurm gegen den Vorwurf der ÖVP, daß die SPÖ auf die Stimmen der Ausländer spekuliere. Genausogut könnte man sagen, die ÖVP spekuliere auf die Stimmen der ausländerfeindlich Gesinnten. Er tue das aber nicht, betonte Wurm.

Zur Dezentralisierung erklärte Wurm, die Erfahrung habe nach dem ersten Jahr gezeigt, daß die Dezentralisierung verwaltungstechnisch ein großer Erfolg war. Sehr gut funktionierte die Zusammenarbeit zwischen den Be-

Forts. von Blatt 1417

Forts. auf Blatt 1419

zirken und den magistratischen Dienststellen. Die Bezirke hätten durchaus auch andere Prioritäten gesetzt als die Zentralstellen. So kam es zur Verschiebung von Straßeninvestitionen zu den Schulen und Kindertagesheimen. Die Dezentralisierung war sehr intensiv und umfangreich vorbereitet. Der besondere Dank gelte dabei Obersenatsrat Dr. BRUNNER. Die Dezentralisierung sei ein Prozeß, der sich weiter entwickeln muß. Es seien daher alle eingeladen, ihre Vorschläge und Vorstellungen einzubringen, damit auch die politischen Zielsetzungen der Dezentralisierung in das Bewußtsein der Menschen dringen.

StR Dr. SWOBODA (SPÖ) nahm zunächst zur Wortmeldung von Mag. Kabas Stellung. Swoboda sprach sich dagegen aus, durch erzwungene Koalitionen der Demokratie ein Zwangskorsett zu verpassen. Angesichts der Anzahl der einstimmigen Beschlüsse im Gemeinderat könne er auch keine Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit erkennen. Zur Frage des Wahlrechts meinte Swoboda, daß es eben schwierig sei, die Elemente des Persönlichkeits- und des Verhältniswahlrechts ideal miteinander zu verbinden. Zur Wortmeldung von GR Mag. Karl meinte Swoboda, daß man durchaus über die Vergabe von Gemeindewohnungen an Ausländer diskutieren könne. Zugleich müsse man Personen, die ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben, aber auch ein gewisses Recht an Mitsprache im politischen Bereich einräumen. Auch über Fragen der Objektivierung könne man reden, sagte Swoboda. Aber man müsse das rechte Augenmaß wahren. Parteipolitische Gründe seien in Wien bei der Besetzung von Abteilungsleitern nicht maßgebend. Dafür gebe es in letzter Zeit genügend Beispiele. Zur Frage des Landessicherheitsgesetzes sagte Swoboda, man könne nicht bestimmte Maßnahmen wie ein „Wegweisegesetz“ dekretieren, die in der Praxis kaum umsetzbar wären. Für die von GR Karl angesprochene Deregulierung sprach sich Swoboda generell aus. So gehe es etwa darum, in der Bauordnung bürgerfreundlichere Regelungen zu schaffen.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde um 21.10 Uhr unterbrochen und wird am Donnerstag, dem 29. Juni, um 9 Uhr mit der Debatte über die Geschäftsgruppe Kultur wieder aufgenommen. (Schluß) red

Wiener Landtag

Gemeinsamer EntschlieBungsantrag zu den Vorfällen in China

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz des Ersten Landtagspräsidenten Ing. Fritz HOFMANN ist am Mittwoch abend, nach der Unterbrechung der Rechnungsabschlußdebatte des Gemeinderates, der Landtag zu einer Sitzung zusammengetreten.

Per Akklamation erteilte der Landtag einer gemeinsamen EntschlieBung die Zustimmung.

EntschlieBung des Wiener Landtages vom 28. Juni 1989

Der Wiener Landtag verurteilt in aller Entschiedenheit das von der chinesischen Staats- und Parteiführung zu verantwortende BlutvergieBen in der Volksrepublik China und drückt seine Betroffenheit über die große Zahl von Toten und Verletzten aus.

Der Wiener Landtag fordert die Regierung der Volksrepublik China auf, das Kriege recht zu beenden und für eine umfassende Wahrung der Menschenrechte zu sorgen. Insbesondere sollen in Zukunft keine Todesurteile über Menschen im Zusammenhang mit ihrem Verhalten anläBlich der Demonstration für mehr Demokratie und gegen Korruption verhängt und bei bereits ausgesprochenen Todesurteilen die Vollstreckung ausgesetzt werden.

Änderung des Krankenanstaltengesetzes

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes. Auf einer Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes beruhend, wird darin die Aufnahme von Patienten aus anderen Bundesländern neu geregelt. Sie müssen eine Kostenübernahmeerklärung über den Behandlungsbeitrag des Bundeslandes vorweisen, in dem sie ihren ordentlichen Wohnsitz haben, außer dieses Bundesland hat eine entsprechende Vereinbarung mit dem Rechtsträger der Krankenanstalt abgeschlossen. Unabweisbare Kranke (zum Beispiel bei Lebensgefahr oder bevorstehender Entbindung) müssen aber nach wie vor in jedem Fall in Anstaltspflege genommen werden. Die Verpflichtung zur Leistung des Behandlungsbeitrages trifft also nicht den Patienten und wird auch nicht von diesem eingefordert. Fremden Staatsangehörigen, die zur Behandlung nach Wien kommen, können die tatsächlich erwachsenden Kosten in Rechnung gestellt werden.

Weitere wichtige Änderungen: Die Höchstgrenze der systemisierten Betten darf in Krankenanstalten ohne Neurologie und Psychiatrie die Zahl von 13.811 nicht überschreiten. Für die klinische Prüfung von Arzneimitteln wird eine „Ethikkommission“ eingerichtet. Die Sonderklasse öffentlicher Krankenanstalten soll an die höheren Ansprüche der Sanatorien angeglichen werden. Neben dem Entlassungsschein ist in Zukunft unverzüglich ein Arztbrief anzufertigen. Bei Stellenausschreibungen wird nicht nur die fachliche Befähigung, sondern auch die Führungsqualität begutachtet.

LABg Karin LANDAUER (FPÖ) ersuchte um eine getrennte Abstimmung der Paragraphen 5 a und 15 a, weil die FPÖ diesen beiden Paragraphen nicht zustimmen könne. Beim Paragraphen 5 a handelt es sich um die Festsetzung der Höchstgrenzen für die Zahl der systemisierten Betten. Hier kritisierte Landauer die Ausnahme für Krankenanstalten des Bundes und der Sozialversicherung. Paragraph 15 a legt die Einführung der „Ethikkommission“ in Krankenanstalten, an denen klinische Prüfungen von Arzneimitteln durchgeführt werden, fest. Dieser Paragraph wird von der FPÖ deswegen abgelehnt, weil in der Kommission keine Patientenvertreter vorgesehen sind. Landauer schlug vor, den Hausarzt des Patienten als Vertrauensmann hinzuzuziehen.

Es dürfe nicht passieren, daß der Bundesländer-Streit auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werde und bei Notfällen Patienten „mit falschen Postleitzahlen“ abgewiesen würden, wie es in einigen Fällen in letzter Zeit passiert sei, schloß Landauer.

Das Krankenanstaltengesetz sei zu diesem Zeitpunkt, sagte LABg. Dr. RASINGER (ÖVP), ein Schritt in die falsche Richtung. Die Verpflichtung des jeweiligen Bundeslandes zur Gesundheitsvorsorge sei unbestritten, dieses Gesetz stelle aber eine Drohgebärde dar, um gewünschte Vereinbarungen zu erzwingen. Einer vorausschauenden Gesundheitspolitik müsse es gelingen, sagte Rasinger, in einem Zusammenarbeitsfonds, wie dies der KRAZAF sei, eine Einigung herbeizuführen. Wenn das unmöglich sei, habe der Fonds seine Existenzberechtigung verloren. Durch das Krankenanstaltengesetz und seine Folgen werde das Prinzip der freien Arztwahl des Patienten auf das schwerste beeinträchtigt. Der Begriff „Fremdpatient“ sei außerdem bundesverfassungsrechtlich nicht legitim, da es zwar eine Staatsbürgerschaft, aber keine Landesbürgerschaft im rechtlichen Sinne gebe. Zur Diskussion über die Abgeltungsprobleme sagte Rasinger, daß vor allem die Frage, was ein Patient koste, bei weitem nicht beantwortet sei. Selbst wenn man in Niederösterreich eintausend Betten aufbaue, würde dies das Problem der Patienten, die wegen benötigter medizinischer Spitzenleistungen nach Wien kommen, nicht lösen. Weitere Kritikpunkte im neuen Gesetz seien die unscharfe Formulierung über Verantwortung und Konsequenzen in bezug auf die Ethikkommission, die Einsichtsmöglichkeiten in die Krankengeschichte, die dem Patienten selber verwehrt bleibe, daß pflegerische Maßnahmen im Arztbrief nicht ausgeführt sein müssen, und die Kostenübernahmeerklärung, die der „Fremdpatient“ vorweisen müsse.

Die Behauptungen, daß Wien aus den Mitteln des KRAZAF die Kosten für die Gastpatienten erhält, stimmen nicht, betonte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ). Wien bekomme lediglich Gelder für den Bereich der medizinischen Spitzenleistungen. Er habe sich in Gesprächen mit den Niederösterreichern dafür eingesetzt, eine vernünftige Regelung der gegenseitig anfallenden Kosten für Gastpatienten zu erreichen. Wien wäre selbstverständlich bereit, die Kosten für seine Landesbürger in anderen Bundesländern zu übernehmen. Doch die Niederösterreicher hätten ein bewußtes politisches Täuschungsmanöver veranstaltet. Das sei eine Art „Krankenweglegung“, und die Wiener Volkspartei klage nun den an, der sich gegen eine unzumutbare Belastung wehrt. „Die Haltung der Niederösterreicher ist für mich unerklärlich“, sagte Mayr.

Zur Verfassungsfrage meinte Mayr, es gebe die Landesbürgerschaft, der Bund habe damit dem Wunsch der Landeshauptleute erfüllt. Mit der Landesbürgerschaft dürften aber im hoheitsrechtlichen Bereich keine Vor- oder Nachteile verbunden sein. Das Spitalswesen betreffe aber den Bereich der Wirtschaftsverwaltung.

Wien wird keine Patienten abweisen, er, so Mayr, wende sich aber auch dagegen, in jedem Spital Spitzenleistungen anzubieten, und er trete für das Recht der Patienten zur freien Spitalwahl ein. Und die Wiener Volkspartei vertrete mit der Ablehnung dieser Novelle nicht die Interessen von Wien.

Zu dem vorliegenden Gesetzesentwurf zitierte LABg Dr. GOLLER (ÖVP) aus der Stellungnahme der Wiener Arbeiterkammer: Die Herstellung eines gerechten Kostenausgleichs dürfe keinesfalls auf Kosten der Patienten ausgetragen werden. Die Interessen der Patienten wären aber beeinträchtigt, wenn der vorliegende Entwurf in Kraft tritt. Weiters zitierte Goller aus der Stellungnahme der AK, daß ähnliche Maßnahmen nach dem Wiener Vorbild in anderen Bundesländern zu erwarten seien. Für die Herstellung einer ausgewogenen Lastenverteilung würde sich eine Ausweitung des KRAZAF anbieten, schloß Goller.

Forts. von Blatt 1420

Forts. auf Blatt 1422

LAbg. Ilse FORSTER (SPÖ) wies auf den enormen Überhang niederösterreichischer Gastpatienten in Wien hin. Niederösterreich habe es jahrzehntelang versäumt, seine Spitalsversorgung entsprechend auszubauen, weshalb vor allem in kostenintensiven Bereichen wie der Kardiologie oder der Chemotherapie ein großer Prozentsatz der Patienten in Wien aus Niederösterreich kommen. Es gehe nicht darum, diese Patienten nicht entsprechend versorgen zu wollen, aber es gehe um einen gerechten Vertrag bezüglich der Kosten für diese Patienten. Im Sinne Wiens und der Wiener Bürger, die derzeit die Kosten für die Gastpatienten zu tragen haben, werde man eine solche Lösung doch suchen dürfen, schloß Forster.

Zur Tätigkeit der Ethikkommission sagt StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) in seinem Schlußwort, es sei eine deutliche Abgrenzung durch das Arzneimittelgesetz, die Maßnahmen der klinischen Prüfung und der medizinischen Beurteilung definiert. Einen praktischen Arzt als Patientenvertreter in die Ethikkommission zu entsenden, habe man als keine durchführbare Lösung erachtet. Zur Diskussion über die Patientenkosten sagte Stacher, es sei sehr wohl möglich, den Kostenaufwand eines Intensivbettes zu errechnen, eine Kostenaufwandsrechnung pro Patient sei aber nicht durchführbar.

Auf Wunsch der FPÖ und ÖVP wurde die Abstimmung über einzelne Paragraphen des Krankenanstaltengesetzes getrennt vorgenommen.

Das Gesetz in seiner Gesamtheit wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die Sitzung des Landtages schloß um 22.55 Uhr. (Schluß) jel/bs

Forts. von Blatt 1421